

"Ansturm der Wirklichkeit"

Georg Mascolo über die neue Völkerwanderung, Politik und Medien

Der Journalist Georg Mascolo hat Politik, Gesellschaft und Medien in der Flüchtlingsdebatte zu Weitsicht und Besonnenheit aufgerufen. Weitsichtig zu sein bedeute, "einen Teil der Probleme der Welt zu lösen, weil die Probleme sonst zu uns kommen", sagte der Leiter des Rechercheverbundes von NDR, WDR und "Süddeutscher Zeitung" beim Jahresempfang der Evangelischen Akademie Tutzing am 13. Januar. Journalisten trügen eine besondere Verantwortung für den Ton in dieser Debatte. Wir dokumentieren den Festvortrag Mascolos mit freundlicher Genehmigung des Autors in einer von ihm leicht überarbeiteten Fassung.

Sie haben mich eingeladen, Ihnen über ein historisches Jahr zu berichten. Mit dem Begriff muss man ja vorsichtig umgehen. Wir Journalisten verwenden jede Form von Superlativen und Steigerungsformen gern etwas zu großzügig. Aber das abgelaufene Jahr verdient das Attribut historisch. Noch schwieriger ist, dass von mir auch ein Blick in die Zukunft erwartet wird. Über die aber lässt sich nur Zweierlei sicher sagen: Sie sieht immer anders aus, als in der Gegenwart vorausgesagt. Meistens übersteigt sie unsere Fantasie und Kraft zur Prognose. Sie sieht auf jeden Fall ganz anders aus als sie von mir vorausgesagt wird.

Beginnen wir den Blick auf dieses Jahr aber in einer anderen Zeit und nicht in Deutschland. In Genf, im Jahr 1951. Damals traf sich eine Gruppe Diplomaten aus 26 Staaten, ihr Auftrag lautet die Lehren zu ziehen aus all dem, was die Welt zuvor erleiden musste: Unvorstellbaren Hass, Grausamkeit, Massenmord - der Zivilisationsbruch des Holocaust. Und nach dem Ende eines wahren Weltkrieges nicht das Ende des Elends, sondern Vergeltung, die Flucht und Vertreibung von Millionen von Menschen. Die Zustände auf diesem verwüsteten Kontinent namens Europa hatte der spätere amerikanische Hochkommissar John McCloy kurz nach dem Krieg so beschrieben: Ein wirtschaftliches, soziales und politisches Chaos, beispiellos in der Geschichte, es sei denn man gehe zurück bis zum Untergang des Römischen Reiches.

Die Diplomatenrunde in Genf schuf nach 23-tägigen Verhandlungen ein neues Recht: das Recht auf Schutz vor Krieg und Verfolgung. Wer in seinem eigenen Staat nicht mehr sicher war - oder etwa aus politischen oder religiösen Gründen vor ihm flüchten musste - sollte an einem anderen Ort der Welt Zuflucht finden. Die Genfer Flüchtlingskonvention, die etwas sperrig "Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge" heißt, war geboren. Das moderne Flüchtlingsrecht entstand. Es war einer dieser "Nie-Wieder-Momente" zu denen die Weltgemeinschaft nur nach ihren dunkelsten Stunden in der Lage ist. Es war übrigens ein Recht, das zunächst nur für die Europäer galt.

65 Jahre später wiederholt sich die Geschichte, nur ein paar Flugstunden von hier entfernt versinkt eine Region im Chaos. Es herrschen Staatszerfall, Krieg, Bürgerkrieg und Terrorismus, oft noch angefacht durch das religiöse Schisma des Islam. Die Auseinandersetzung zwischen zwei Theokratien, Iran und Saudi-Arabien ist ideologisch und politisch. Sie ist nicht weniger gefährlich, als der Konflikt zwischen Palästinensern und Israelis. Wir können uns also aussuchen, wovor die Menschen fliehen: Vor säkularen Diktatoren oder dem Irrsinn religiöser Fanatiker.

"Europa als Sehnsuchtsort"

Sie haben die Hoffnung aufgegeben, denn befreien sie sich einmal aus einer Diktatur, landen sie schnell in der Nächsten. Sie fliehen vor allem aber aus Angst vor dem, was die Zukunft noch bringen mag, sie entfliehen der Perspektivlosigkeit. In einer Region, in der schon immer aus Hoffnung allzu oft wieder Verzweiflung wurde, steht heute nicht viel zum Guten. Konfessionelle, regionale und machtpolitische Konflikte überlagern sich.

Mich wundert nicht, dass so viele kommen. Sondern nur, dass es nicht noch viel mehr sind.

Und mittendrin in dieser Apokalypse nun wir Deutschen, die wir lange dachten, dass wir uns in der Welt lieber heraushalten sollten, ja vielleicht sogar heraushalten müssten, aufgrund unserer Geschichte. Aber es ist dieses Deutschland, ohne dessen Barbarei es wohl gar kein Flüchtlingsrecht geben würde, das nun, ziemlich allein, ohne die USA und ohne fast alle europäische Partner die Regeln und Reichweite eines humanitären Grundrechts neu bestimmt. Es ist ein Rendezvous mit der eigenen Geschichte.

2015 ist ein Jahr der Erschütterung. Wenn wir die Nachrichten zum Jahresbeginn lesen, fragen wir uns: Kann es sein, dass wir das Schlimmste gar nicht hinter, sondern noch vor uns haben? Als ob das, was wir gesehen haben, nicht reichen würde: Ein mühsam gebändigter Krieg im Osten, im Süden der Zerfall. All das in unserer Nachbarschaft, was Europa, eine der reichsten und friedlichsten Regionen der Welt, endgültig zum Zufluchtsort- und Sehnsuchtsort für Millionen werden lässt. Aber ausgerechnet wir Europäer, die wir nur aus der Erfahrung von Krieg und Krise zusammengefunden haben, sind nun unfähig, bei der Bewältigung eben solcher Herausforderungen in unserer Nachbarschaft zusammenzustehen.

Zur Erschütterung kommt die Erkenntnis: Es hat lange gedauert, bis wir erkannten, dass die Globalisierung nicht nur - zu unser aller Nutzen - die Waren beweglich gemacht hat. Sondern auch die Menschen. Zur Globalisierung gehören nicht nur die Containerriesen, die unseren Wohlstand mehren, sondern auch das Flüchtlingsboot. Wir hatten uns abgeschottet vom Elend dieser Welt und nicht einmal die Flucht von Millionen von syrischen Menschen aus ihrer Heimat in die angrenzenden Staaten hat uns dazu gebracht, unsere Politik zu überdenken.

"Eine deutsche Erfindung"

Vor nicht allzu langer Zeit stritten die deutschen Innenminister noch bei ihrem sogenannten Kammingespräch in der Bonner Villa Hammerschmidt über die Frage, ob man 10.000 oder 20.000 Syrer aufnehmen sollte - im Jahr - oder ob man angesichts der humanitären Katastrophe nicht endlich mit der Einführung von sicheren Herkunftsstaaten und konsequenter Abschiebung abgelehnter Asylbewerber Platz machen müsste, für all diejenigen, die in größter Not sind.

Vielleicht wäre es so weitergegangen, wenn die Flüchtlinge uns nicht zu einer Entscheidung gezwungen hätten. Im Sommer entdeckten sie eine neue Route, einen Shortcut über die Ägäis, weniger gefährlich, weniger tödlich als die Reise über das Mittelmeer. Die alte Ordnung war da nicht mehr aufrecht zu erhalten, es war übrigens eine sehr deutsche Ordnung und gerecht war sie nie. Wir Deutsche verlangen europäische Solidarität in diesen Tagen, aber solidarisch waren auch wir nicht: Kaum ein Land hatte sich so erfolgreich abgeschottet, mit Hilfe eines Vertrags namens Dublin oder der Änderung des Grundgesetzes, genannt Asylkompromiss, vor nun immerhin 23 Jahren. Die damals gefundene Lösung beendete eine scharfe Auseinandersetzung - fortan waren wir von sogenannten sicheren Drittstaaten umgeben. Aber tatsächlich war es eine Lösung zulasten Dritter. Das Sankt-Florians-Prinzip ist aus Sicht vieler unserer europäischen Nachbarn eine deutsche Erfindung.

So blieb vor allem Italien zuständig für die Flüchtlinge, die über das Mittelmeer kamen und Griechenland schließlich für diejenigen, die es nun über die Ägäis schafften. Ein Land, erschüttert von einer Wirtschaftskrise und, wie wir seit Jahren wissen und beklagen, unfähig, eine effektive Steuerverwaltung oder ein Katasteramt aufzubauen, sollte den Ansturm meistern.

Den Ansturm der Wirklichkeit konnte dieses europäische Konstrukt jedenfalls nicht überstehen. Und wenn auch weniger starben als auf dem Mittelmeer, gestorben wurde noch immer: So wie der dreijährige Alan Kurdi, der am 2. September in der Ägais ertrank. Oder nur Tage zuvor die 71 Menschen, die in einem Kühllaster erstickten, den Österreichs Polizei auf einem Seitenstreifen der Autobahn entdeckte.

Es war im Angesicht dieser Bilder, dass die Kanzlerin am Abend des 5. September entschied, die Menschen vom Bahnhof in Budapest nach Deutschland ziehen zu lassen. Gut, dass sie es getan hat.

"Ein wahrer Schabowski-Moment"

Das Leben wird nach vorn gelebt, aber erst in der Rückschau verstanden. In der Rückschau war unser Verhalten bis zu dieser Entscheidung der Kanzlerin falsch, politisch und moralisch. Wir haben einen Bürgerkrieg vor unserer Haustür ignoriert, wir haben unsere Partner in der EU mit der Bewältigung alleingelassen. Während der sogenannten UNO-Woche im vergangenen September in New York konnte sich der damalige Flüchtlingskommissar António Guterres nicht vor Einladungen retten. Die gleichen Politiker, die zuvor keine Zeit für ihn hatten, wollten ihn sehen. Auf die Frage, was sich geändert hatte, sagt Guterres: Die Ankunft von Flüchtlingen in den reichen Staaten Europas.

Ein amerikanischer Kollege von mir nennt die Ereignisse des vergangenen Herbsts einen neuen Mauerfall, dieses Mal nicht zwischen Ost und West sondern zwischen Nord und Süd. Wenn man dieser Einschätzung folgen mag, würde ich sagen: Damals waren wir ebenfalls herausgefordert, vor allem aber waren wir die Gewinner der Geschichte. Heute werden wir von der Geschichte vor allem herausgefordert. Schon bald, wenn sich die Winterstürme gelegt haben, so vermute ich, werden wir es erleben. Die Zahlen werden wieder steigen, dabei sind sie noch immer hoch. Wenn 3.000 Flüchtlinge die griechischen Inseln erreichen, spricht die Regierung von einem guten Tag. Im Schnitt sind es 4.000.

Niemand weiß heute, in welche Höhe die Zahlen im Frühjahr schießen werden. Schließlich hat sich herumgesprochen, dass die alte deutsche Politik der Abschottung nicht mehr gilt. Reisen ist nun möglich. Insofern war das Wort der Kanzlerin ein wahrer Schabowski-Moment.

Das bringt mich zu dem, was wir aus dem abgelaufenen Jahr lernen können. Ich würde sagen: Lernen müssen. Auf Sicht zu fahren, heißt heute weitsichtig zu sein, jedenfalls einen Teil der Probleme der Welt zu lösen, weil die Probleme sonst zu uns kommen. Manches wird erstaunlich einfach sein: Die offenen Rechnungen an das World Food Programm überweisen, die UNO mit ausreichenden Mitteln für die Bewältigung der größten Flüchtlingskrise seit Ende des Zweiten Weltkrieges auszustatten, neben freiem Handel auch für fairen Handel zu sorgen.

"Die Stimmung des Augenblicks"

Das, was wir so gern humanitäre Hilfe nennen, ist tatsächlich purer Eigennutz. In diesem Herbst war ich mit der Münchner Sicherheitskonferenz in Teheran, wir diskutierten die Lage in der Region. Gut erinnere ich mich an den libanesischen Außenminister, der sagte: Was uns verletzt, wird auch euch verletzen. Was uns besorgt, wird euch besorgen. Instabilität, wo auch immer sie auftritt, kann unsere Stabilität gefährden.

Das weitsichtige Handeln allerdings ist - zugegeben - schwieriger geworden. Henry Kissinger hat zum Jahresende darauf hingewiesen, wir haben es mit einer historischen Gleichzeitigkeit von Krisen zu tun, oft ist die Politik nicht nur gefordert, sondern beinahe damit überfordert, die jeweils scheinbar aktuellste von ihnen zu lösen. Kissinger nennt es eine neue Stufe der Komplexität, zudem verdränge die Vielzahl der heute zu jedem Zeitpunkt verfügbaren Fakten

die Fähigkeit zur Analyse. Der gesamte politische Prozess werde unmittelbarer und emotionaler - und weniger auf Reflexion angelegt.

Auch für die politischen Führer bestünden heute deutlich mehr Anreize, auf die Stimmung des Augenblicks zu reagieren. In der Flüchtlingsfrage hat sich das lange beobachten lassen: Gibt es dramatische Bilder aus einem Land, wird ein Gipfel einberufen, milliardenschwere Versprechen für Soforthilfe werden eingesammelt und verkündet, aber dann erlahmt der Eifer. Bei der UNO haben sie ein Wort dafür: Donor Fatigue. Spendermüdigkeit.

Der britische Historiker Niall Ferguson, der eine vorzügliche Biografie über Kissinger geschrieben hat, hat sich mit diesem Problem befasst. Er nennt es die "Schwierigkeit der Mutmaßung". Politiker sollen handeln, Geld ausgeben, Ressourcen mobilisieren für etwas, was es ja noch gar nicht gibt. Sie sollen sich um Probleme kümmern, die es geben könnte. Er verweist auf einen zweiten Punkt: Viele Politiker wüssten oder interessierten sich heute nicht ausreichend für Geschichte.

Kissinger jedenfalls rät Außenpolitikern heute: Studiert Geschichte. Nicht weil sie sich wiederholt. Aber weil man aus ihr lernen könne, wann Politik Erfolg hat - und woran sie scheitert. Kissingers Rat verstehe ich so: Politik muss den Mut und die Fähigkeit haben, einmal einen Schritt zurückzutreten, sich Zeit auszubedingen, einmal in Ruhe nachzudenken. Egal, wie laut der Erregungspegel auf Facebook, Twitter oder bei uns Journalisten gerade ist. In der Rückschau adeln wir das, wenn im vergangenen Jahr ein Großer wie Helmut Schmidt beerdigt wird. Wir bewundern es als Staatskunst.

Ich glaube, die Situation im Nahen und Mittleren Osten lehrt uns viel darüber, wie wichtig dieser gedankliche Prozess inzwischen geworden ist. Wir Deutschen sind darin gar nicht so schlecht, jedenfalls zahlt die Bundesregierung in aller Regel ihre Rechnungen an die UNO und das World Food Programm pünktlich. Die Kanzlerin hat eine als der ersten Politikerinnen schon in ihrer Neujahrsansprache im vergangenen Jahr auf das Flüchtlingsproblem hingewiesen - nur hat das offenbar im Innenministerium und im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge niemand gesehen.

"Mörder aus Dinslaken"

Aber ohne Fehler sind wir nicht: Zwei Beispiele will ich nennen: Lange haben die europäischen Länder, auch wir Deutschen, dabei zugeschaut, wie junge Menschen, die unter uns groß wurden, sich radikalen islamistischen Gruppen und Terror-Milizen angeschlossen haben. Das Rational dahinter war ziemlich einfach: Wer nach Afghanistan, den Irak oder Syrien ausreist, würde keine Bedrohung mehr für die Menschen hier in Europa sein. Es ging, wie die Behörden sagten, um den "Schutz der eigenen Bevölkerung." Erst langsam änderte sich diese Einstellung, harte Ausreiseverweigerung für diejenigen, die dort unten morden wollen, gibt es erst seit wenigen Jahren - und bis heute wird sie nicht überall entschlossen durchgesetzt.

Jetzt sind wir entsetzt über diejenigen, die sich einen Sprengstoffgürtel umschnallen und sich in Paris vor einem Fußballstadion, in dem die deutsche Nationalmannschaft spielt, in die Luft sprengen. Ein neues Phänomen, heißt es. Aber das Phänomen ist gar nicht neu, allein über 20 aus Deutschland stammende Islamisten haben inzwischen nach Zählung der Behörden in Syrien und im Irak Selbstmordattentate begangen. An einigen dieser Orte, an denen dies geschah, bin ich gewesen.

Nun sorgen wir uns darum, leider inzwischen zu Recht, ob mit den Flüchtlingen auch Terroristen zu uns nach Europa kommen. Aber wir sollten darüber nicht vergessen, dass Europa lange Terrorismus exportiert hat. Die Menschen im Irak und in Syrien fliehen auch vor Mördern, die aus Dinslaken, Wolfsburg oder München angereist sind.

Ein zweites Beispiel: Waffenexporte. Beginnend mit der ersten rot-grünen Koalition haben seither alle Bundesregierungen Entscheidungen getroffen, die unter Brandt, Schmidt und Kohl tabu waren. Der Nahe Osten kaufte deutsches Kriegsgerät, zu Zeiten der ersten großen Koalition genehmigte der Bundessicherheitsrat den Export einer ganzen Waffenfabrik nach Saudi-Arabien - zur Produktion des Sturmgewehrs G-36. Dahinter steckte keine Exportförderung, sondern Strategie, und nach dem was man weiß, stammte sie von der Kanzlerin selbst: Länder wie Saudi-Arabien, vermeintliche Garanten der Stabilität und Verbündete, sollten gestärkt werden. Sie hat das einmal so beschrieben: Wenn der Westen nicht selber eingreifen wolle oder könne, reiche es nicht aus, an andere Länder ermunternde Worte zu richten. Sondern auch Waffen zu liefern. Die Kanzlerin war auch für den Export von Leopard-Panzern an das saudische Regime - als Gegengewicht gegen das iranische hegemoniale Streben am Golf.

"Weitsichtiges geduldiges Handeln"

Wohin diese Politik führt, hat sich im vergangenen Oktober gezeigt: Da gingen die ersten Kampfpanzer vom Typ Leopard an das Emirat Katar, Teil einer ganzen Panzerarmee, die mit Genehmigung der Bundesregierung verkauft worden war: Insgesamt 62 Kampfpanzer und 24 Panzerhaubitzen. Katar ist - an der Seite Saudi-Arabiens - in jenen blutigen Bürgerkrieg verwickelt, der seit nun schon über elf Jahren im Jemen tobt. Inzwischen ist es auch ein Stellvertreterkrieg zwischen Saudi-Arabien und Iran. Der Bundesregierung war der Export, um das Mindeste zu sagen, unangenehm. So bemüht sie sich um eine Zusicherung der Herrscher in Katar, dass die deutschen Panzer nicht im Bürgerkrieg im Jemen eingesetzt werden. Aber wohin werden diese Panzer in der Zukunft noch rollen? Wer wird vor der Mündung einer deutschen G-36 stehen?

Wir Journalisten gelten nicht gerade als Optimisten, ich habe fast 25 Jahre für ein ganz wunderbares Blatt gearbeitet, zu dessen Kern-Kompetenzen auch nicht gerade die Verbreitung guter Laune gehört. Aber wahr ist, dass sich mit weitsichtigem, geduldigem Handeln übrigens manchmal, auch das hat das Jahr 2015 bewiesen, auch solche Konflikte lösen, die zunächst doch unlösbar scheinen.

2015, man mag es kaum glauben, war auch ein Jahr der guten Nachrichten. In Havanna wurde die Botschaft der USA neu eröffnet, Schlusspunkt eines Konfliktes, der die Welt meiner Eltern an den Rand eines Atomkrieges brachte. Der endgültige Durchbruch der Atomverhandlungen mit dem Iran, dabei schien dies lange der nächste unvermeidbare Krieg. Und schließlich Paris, Einstieg in ein Klimaabkommen, das diesen Namen hoffentlich verdient. Warum? Vor allem weil ein amerikanischer Präsident kurz vor seinem Abtritt von der Weltbühne nicht abließ und die chinesischen Machthaber nur aus dem Fenster schauen mussten, wo ihre eigenen Bürger um Atem ringen, um zu sehen, dass man so nicht weitermachen kann. Wobei man an schlechten Tagen beim Blick aus dem Fenster in Peking gar nichts erkennen kann.

Nun haben wir es mit einer wahren Ballung solcher scheinbar kaum zu lösenden Problemen, zu tun, der Umgang mit ihnen ist so schwer, weil bei der Suche nach der richtigen Strategie Argument und Gegenargument zugleich richtig sein können. Frank-Walter Steinmeier hat es auf dem gerade stattgefundenen SPD-Parteitag so beschrieben: Häufiger ist die Wahl begrenzt auf Antworten, die alle von Zweifeln begleitet sind, entweder was die Wahl der Mittel angeht oder was die Wahl der Bündnispartner angeht.

"Geopolitisches Tschernobyl"

Oft sind es die Fragen von Krieg und Frieden. Damit tun wir uns besonders schwer. Wäre es anders, müsste man sich Sorgen machen. Willy Brandt hat den Krieg die höchste Form der Unvernunft genannt. Und doch hat Deutschland die erste Entscheidung, sich nach dem Zweiten Weltkrieg mit militärischen Mitteln an einer Auseinandersetzung zu beteiligen,

bereits vor vielen Jahren getroffen. Es ging im Jahr 1993 übrigens darum, eine Flugverbotszone einzurichten - um die Bosnier vor einem Völkermord durch die Serben zu schützen. Viele weitere Jas sind hinzugekommen. Aber auch manches Nein.

Wir alle hier können uns schnell darauf einigen, dass der Krieg gegen den Irak falsch war. Nur dadurch ist der sogenannte Islamische Staat erst entstanden, eine bisher unbekannte Form terroristischer Organisation, in der sich religiöse Fanatiker und ausgebildete hochrangige Militär und Geheimdienstler des Regimes von Saddam Hussein zusammengefunden haben. Nicht ganz so einfach ist es schon im Fall von Libyen, der nächste failed state vor unserer Haustür, den der IS hofft übernehmen zu können. Hätte die Weltgemeinschaft deshalb einem Massaker an der Opposition zuschauen sollen? Es war die SPD-Linke Heidemarie Wiecek-Zeul, die diese Entscheidung eine Schande nannte - es gebe im Völkerrecht doch auch die Schutzverantwortung der Völker. Libyen lehrt jedenfalls ebenso wie der Irak: Der vermeintliche militärische Sieg ist nur der Beginn, aber nicht das Ende.

Und schließlich Syrien: Der frühere CIA-Chef David Petraeus nennt es ein "geopolitisches Tschernobyl". Wahr ist, dass wir keinen weiteren Krieg im Nahen Osten brauchten und deshalb weder die Amerikaner noch die Europäer eingreifen wollten, nicht einmal als Baschar al-Assad bewies, dass er seines Vaters Sohn ist. Ein Schlächter, dessen Massakern mit Giftgas und Fassbomben wir zugeschaut haben. Der IS ist erst in diesem im Chaos versinkenden Syrien zu der Macht und Bedrohung geworden, die er heute ist. Machen wir es uns nicht zu einfach: Nicht jeder, der für einen Militäreinsatz votiert oder argumentiert, ist ein Kriegstreiber. Nicht jeder, der eine Überbetonung des Militärischen ablehnt, ein Wiedergänger Chamberlains.

"Terrorismus lebt vom Grauen"

Lassen Sie mich einen Moment beim IS bleiben und bei der Bedrohung durch den Terrorismus. Sie scheint nach Hannover, München und Istanbul ja ganz nah. Oft lese ich: Die Gefahr durch den Terrorismus ist zurück. Dabei war sie nie weg. Sie begleitet uns spätestens seit dem 11. September. Seither wurde die Bedrohung mal unterschätzt - oder die Auseinandersetzung, etwa nach dem Tod Bin Ladens, bereits für so gut wie beendet erklärt. So war es auch im Irak: Als die Amerikaner 2009 abzogen, reduzierten sie das Kopfgeld auf den Anführer der Vorläufer-Organisation des IS von zuvor fünf Millionen auf 100.000 Dollar. Die Angelegenheit schien erledigt.

Ebenso wahr, dass die Risiken durch den Terrorismus überschätzt wurden - etwa der angeblich drohende Anschlag mit Massenvernichtungswaffen, der scheinbar nur noch eine Frage der Zeit war. Terrorismus lebt vom Grauen, von der Angst, die in unseren Köpfen entsteht. Auch Krieg erzeugt Angst - doch für Terroristen ist sie das eigentliche Ziel. Wir fürchten uns vor dieser Form von Terrorismus, leider zu Recht, er wird versuchen uns zu treffen.

Der IS und andere solche Gruppen wählen die gemeinste Form, denn ihnen ist jeder als Opfer Recht. Er hat ein gutes Gespür für die Weichteile unserer Gesellschaft. Er kennt keine Gnade. Aber die eigentlichen Opfer des Terrorismus sind nicht wir, es sind die Menschen in den muslimischen Ländern. Nach neuesten Zählungen machten Menschen aus sogenannten reichen Ländern zwischen 2000 und 2014 2,6 Prozent der Opfer aus. Im sogenannten Islamischen Krisenbogen sind zwischen 2004 und 2014 über 3.600 Selbstmordattentate mit mehr als 33.000 Toten und über 80.000 Verwundeten dokumentiert. Tatsächlich fliehen viele der Menschen, die nun zu uns kommen, vor genau dieser Barbarei.

Leider ist es so, dass der Nahe und Mittlere Osten heute für die Terroristen eine wahre Wohlfühl-Landschaft geworden ist. Sie brauchen den Konflikt wie der Parasit das Wirtstier.

So günstig waren die Bedingungen leider noch nie. Zu viele der dortigen Regime haben ihren Menschen nichts zu bieten, keine Bildung, keine Arbeit, keinen freie Wahlen. Manchmal nicht einmal das Recht für Frauen, Auto zu fahren. Die verheerende Politik des saudischen Königshauses wird in diesen Tagen für alle auf besondere Art sichtbar, dabei destabilisiert dieses Land schon seit langer Zeit die Region: Die Unterstützung des PLO-Terrorismus, der Export einer radikalen Interpretation des Islam, die Finanzierung von Al-Kaida oder von syrischen Warlords.

Die Liste ist lang. Seit der Westen den Atomdeal mit dem Iran geschlossen hat, lebt das saudische Königshaus in Angst. Der Konflikt geht - da sind wir wieder bei den langen Linien - auf das Jahr 1979 zurück: Der Schah wurde gestürzt, die Mullahs kamen an die Macht. Und im gleichen Jahr stürmten religiöse Extremisten die Moschee im Heiligen Mekka. Die Saudis fürchteten um ihre Macht und erneuerten ihre Vereinbarung mit den konservativen Geistlichen. Lasst uns die Macht, wir überlassen euch die radikale Ausdeutung der Religion.

"Terrorismus hofft auf Überreaktion"

Die Saudis haben viel dafür getan, dass die Ideologie des sogenannten Islamischen Staates und anderer Terrormilizen heute solchen Zulauf hat. Sie haben diesen Wahnsinn mit Milliarden finanziert. Auch deshalb halten die Terroristen heute mehr Territorium und destabilisieren mehr Staaten als jemals zuvor. Schlägt man sie an einer Stelle, tauchen sie an einer anderen wieder auf. Die radikale Ideologie hat bisher unbekanntes Zulauf, auch, ich habe davon erzählt, von Menschen, die unter uns groß werden.

Der IS hat im Herzen der arabischen Welt, nahe den Heiligen Stätten Mekka, Medina und Jerusalem ein Kalifat errichtet - und dabei die bei den Arabern verhasste Sykes-Picot-Linie, mit der Großbritannien und Frankreich den Nahen Osten unter sich aufteilten, verschwinden lassen. Lawrence von Arabien, der ihnen allen ein Begriff ist, opponierte übrigens damals gegen seine eigene Regierung.

Nichts von dem heutigen Chaos wird schnell verschwinden. Der Staat des IS, angeführt von einem Doktor der Theologie der Universität Bagdad, wird noch einfacher zu besiegen sein als seine Ideologie. Nach Al-Kaida und dem IS wird es andere Gruppen geben, deren Namen wir heute noch gar nicht kennen. Die "Religiöse Welle", wie Terrorismus-Forscher sie nennen, wird, so fürchte ich, noch lange rollen.

Ihr erklärtes Ziel ist es übrigens, auch das zu beseitigen, was sie die "Grauzone" nennen, sie wollen Misstrauen säen zwischen der Mehrheitsgesellschaft in Europa und den muslimischen Minderheiten. Das wollte schon Al-Kaida: Durch Anschläge im Westen sollte sich der Hass auf Muslime steigern, aus- und abgegrenzte Einwanderer sollten so ansprechbar werden für die radikale Ideologie der Islamisten werden. Terrorismus setzt nicht nur auf Reaktion, er hofft auf Überreaktion. Donald Trump ist ein Politiker, wie sie ihn sich wünschen. In der idealen Welt der Islamisten misstrauen wir alle hier künftig auch noch unserem türkischen Gemüsehändler.

Wenn es nicht mehr Syrien oder der Irak sind, ist es morgen womöglich der Sinai, Libyen oder Mali. Ohne dauerhafte politische Stabilisierung der Region wird der Terrorismus nicht oder nur schwer einzudämmen sein. Um den UNO-Generalsekretär Ban-Ki-Moon zu zitieren: Raketen mögen einen Terroristen töten. Aber nur gute Politik beseitigt Terrorismus.